## Groden keine Spielwiese für die Umweltverbände

Deichöffnung Gemeinde und Förderverein gesprächsbereit

Eine Konfrontation sei in der jetzigen Situation nicht hilfreich. Das meint Bürgermeister Rolf Blumenberg.

## VON ROLF BULTMANN

LANGWARDEN - Enttäuschung und auch Verärgerung hat in Butjadingen die Mitteilung ausgelöst, dass die Umweltverbände auf eine Öffnung des Vordeiches bei der Realisierung der ökologischen Kompensationsmaßnahmen im Langwarder Groden beharren. Dennoch setzen sowohl die Gemeinde als auch der Förderverein Langwarder Groden weiterhin auf Gespräche, um die Deichöffnung doch noch zu verhindern.

Wie in der gestrigen Ausgabe berichtet, haben die Vertreter unter anderem des WWF, des BUND und des NaBu am Donnerstag nach einem Besuch in Butjadingen in einer gemeinsamen Erklärung festgestellt, dass die Öffnung des Deiches für sie unverzichtbar sei, damit im Langwarder Groden Salzwiesen entstehen können. Sollte dieser Kompromiss in Butjadingen keine Zustimmung finden, müsse der rechtskräftige Planfeststellungsbeschluss umgesetzt werden, der eine gänzliche Schleifung des Vordeiches beinhaltet.

Dieter Brockhoff, Vorsitzender des Fördervereins Langwarder Groden, kritisierte insbesondere die Aussage der WWF-Vertreterin Beatrice Claus, wonach mit den Ersatzmaßnahmen die Region touristisch aufgewertet werde. Dies sei aber gar nicht der Fall, denn der im Kompromiss vorgesehene Erlebnispfad sei ja wieder gestrichen worden, machte Dieter Brockhoff deutlich.

Der Langwarder Groden dürfe nicht zur Spielwiese für die Umweltverbände werden. So gebe es auch noch keine klaren Antworten auf die Fragen nach den Kosten und nach der Finanzierung. Zudem habe man beim Beweidungskonzept ebenfalls noch keine Einigung erzielt. Der Vorsitzende des Fördervereins möchte trotz der jetzigen Misere über weitere Gespräche des Optimale für die Region erreichen.

Butjadingens Bürgermeister Rolf Blumenberg bezeichnete die Erklärung der Umweltverbände als deren Sichtweise. Mit Drohgebärden komme man aber nicht weiter. Auch eine Konfrontation sei wenig hilfreich. "Wir brauchen eine Lösung, die auch von den Menschen vor Ort akzeptiert wird", sagte Rolf Blumenberg, der auf weitere Gespräche mit allen Beteiligten setzt.